

Rheinfelder Montagsdemo



Liebe Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten,



Irene hat auch einen Redebeitrag zur 252. Montagsdemo.

In den Koalitionsvertrag von CDU/CSU gehören einige „Erleichterungen“ bei Hartz IV

Sie sollen mithilfe die Widersprüche für anstehende Kündigungen wie bei Quelle zu dämpfen. Danach soll das so genannte Schonvermögen von 250 auf 750 Euro pro Lebensjahr erhöht werden, selbst genutztes Wohneigentum soll nicht mehr angerechnet und ein höherer Zuverdienst als bislang möglich gemacht werden. Damit seien die „größten Ungerechtigkeiten der Hartz-Reformen beseitigt“, behaupten die Chefverhandler. Nur: Wer jetzt schon von Hartz IV betroffen ist, hat längst Lebensversicherungen und andere Formen der Alterssicherung auflösen müssen.

Schon bislang wurden nur 0,2 % aller Hartz-Anträge deshalb abgelehnt, weil die Betroffenen noch über ein zu hohes Vermögen verfügten. Die meisten Hartz-IV-Betroffenen lebten schon am Rande der Armut, bevor sie ihre Anträge stellten.

Die FDP-Forderung nach einem „Bürgergeld“, soll angeblich die „Eigenverantwortung stärken“ und die „Bürokratie vermindern“.

Für Alleinstehende würde danach ein Betrag von höchstens 662 Euro ausgezahlt. Im Unterschied zum entsprechenden Hartz-IV-Regelsatz von 351 Euro müssten davon aber auch Miete und Heizkosten bestritten werden. Kindergeld, Leistungen aus der Kranken- oder Pflegeversicherung werden genauso angerechnet, die Schnüffelei gegenüber „Bedarfgemeinschaften“ usw. bleiben wie bei Hartz IV. Unterm Strich würde das „Bürgergeld“ eine drastische Verschlechterung gegenüber Hartz IV darstellen.

Wenn die angehende neue Bundesregierung meint, gerade bei Hartz IV ein bisschen Zuckerbrot verteilen zu müssen und nicht gleich mit weiteren Verschlechterungen auftrumpfen zu können, dann ist das in erster Linie eine Reaktion darauf, dass es wohl in Deutschland noch nie ein so umstrittenes Sozialgesetz gab wie Hartz IV.

Dass dieses Gesetz nicht wie viele andere irgendwann zu den Akten gelegt und als gegeben hingenommen wurde - daran hat die Bewegung der Montagsdemonstrationen maßgeblichen Anteil.

Noch vor dem Inkrafttreten dieses Arbeiter- und volksfeindlichen Gesetzes am 1. Januar 2005 entfaltete sich die Protestbewegung. Sie ging nach massivem Störfeuer zahlenmäßig zeitweise zurück, aber war und ist nicht klein zu kriegen. Das zeigt auch die breite Aktionseinheit vom 24. Oktober in Berlin als die Montagsdemo mit 3 500 Teilnehmer in Berlin ihre Forderungen anmeldete.

Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz